

Divergenz in der Eurozone: Wie wirkt eine Währungsunion?

Dr. Roland Charles Pauli c/o Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

■ Neulich, im Autoradio, hörte ich die kurze Meldung, irgendein offizielles Gremium der EU habe einen Bericht vorgelegt, wonach sich die Hoffnung auf eine Angleichung der Lebensumstände in Europa durch die Einführung des Euro nicht erfüllt hat. Länder wie Spanien, Portugal und auch Italien konnten entweder nicht zu den reicheren Ländern aufschließen oder sind sogar zurückgefallen. Der Rest ging in leicht höhnischem Gelächter unter. Welch eine Überraschung!

Seit einiger Zeit häufen sich also auch in der „Fachwelt“ die Hinweise auf ein ökonomisches Auseinanderdriften in der Währungsunion. Wir erinnern uns aber noch gut, wie damals, bei der Euro-Einführung, die meisten Mainstreamökonomien ein rasches Zusammenwachsen prognostiziert hatten. Aber so ist das eben mit Vorhersagen der Mainstreamler. Grund genug, einmal weg zu gehen von aktuellen Griechenland-Dramen und der üblichen Banken- und Finanzmarktakrobatik und sich anzusehen, was denn nun eigentlich fundamental geschieht, wenn man eine Wirtschafts- und Währungsunion schafft.

Was Sie hier also **nicht** lesen werden, sind die üblichen „Analysen“ zum Thema Verschuldung und Verschuldungskrise, weil es sich dabei meistens nur um eine leider weitverbreitete **Verwechslung von Ursache und Wirkung** handelt.

► Währungsunion

Was in einer Währungsunion passiert, ist erst einmal trivial: Die nationalen Währungen fallen weg und somit auch die Wechselkurse. Woraus wiederum resultiert, dass unterschiedliche Entwicklungen der Produktivität und der Preise nur durch Anpassung der Arbeitskosten ausgeglichen werden können. Was wiederum voraussetzt, dass es ausreißend flexible Löhne und Gehälter gibt, um eine rechtzeitige Anpassung zu ermöglichen.

Und so gehen auch alle mir bekannten Theorie-Modelle von einer schnellen, zeitgleichen Anpassung der Arbeitskosten aus. Ändert sich in so einem Modell das relative Verhältnis von Produktivität zu Arbeitskosten, reagieren die Arbeitskosten unmittelbar. (Siehe dazu etwa die Theorie des relativen Lohnes, in der sich ein relativer Gleichgewichtslohn mit einer stabilen Arbeitsteilung bei Vollbeschäftigung herausbildet (vgl. Krugman/Obstfeld/Melitz: Internationale Wirtschaft, S. 77ff). Andernfalls könnte man auch schlecht von einem „stabilen Gleichgewicht“ sprechen.

□

Nun gibt es aber in der Europäischen Währungsunion ([EWU](#) [3]) keine [Scala Mobile](#) [4], mit der die Löhne an die Produktivitätsentwicklung der jeweiligen Volkswirtschaft gekoppelt wären. Zwar versuchen Gewerkschaften in ihren Verhandlungen Produktivitätsfortschritte einzupreisen, was aber nicht sagt, dass das gelingt. Und den Arbeitsmarkt wie einen Kartoffelmarkt zu betrachten, auf dem Angebot und Nachfrage mal schnell eine entsprechende Übereinstimmung herbeiführen könnten, ist eine seltsam unrealistische Vorstellung, auch dann, wenn ihr sämtliche Mainstreamökonomien regelrecht verfallen sind. Eine realistische Annahme über Lohnentwicklungen wäre es doch eher, dass sich Entwicklungen am Arbeitsmarkt, wie beispielsweise eine zunehmende Arbeitslosigkeit, zwar auswirken, aber zeitlich verzögert.

Und schon alleine dadurch entwickelt sich in einer Währungsunion etwas völlig anderes, als von den Mainstreamlern prognostiziert.

► Unterschiedliches Produktivitätswachstum

Eine Grundannahme für alle weiteren Überlegungen lautet: In unterschiedlichen Ländern und Regionen der Eurozone existiert ein unterschiedliches industrielles Produktivitätswachstum. Begründet ist diese Annahme damit, dass in unterschiedlichen Regionen Wissenschaft und Forschung unterschiedlich entwickelt sind. Regionen mit einer hohen Wissenschafts- und Forschungsintensität unterstelle ich mehr Innovationen und ein schnelleres **industrielles** Produktivitätswachstum.

□ [5]

Die Unterschiede in der [Forschungs- und Entwicklungs](#) [6]-Intensität (F&E) sind empirisch belegt und wohl nicht erstaunlich. Beispielsweise haben Länder wie Deutschland, Österreich und die Niederlande deutlich höhere F&E-Anteile am Bruttosozialprodukt ([BSP](#) [7]) als Italien, Spanien oder Portugal. Dementsprechend zeigen Daten über die Produktivitätsentwicklung der Industrie in den EWU-Ländern, dass Deutschland und die Niederlande, aber auch Frankreich, über dem EWU- Durchschnitt liegende Produktivitätssteigerungen aufweisen (vgl. auch: Internationaler Vergleich der Produktivitäts- und Wachstumsentwicklung und Entwicklung von Wertschöpfung, Arbeitsinput und Produktivität).

► Produktivitätsschere

Daraus entsteht ein „Anpassungsbedarf“, der, wie oben beschrieben, in Ermangelung eines Wechselkurses von den Löhnen erfüllt werden müsste. Empirisch deutet allerdings tatsächlich vieles darauf hin, dass die Anpassung der Arbeitskosten an Veränderungen des Arbeitsmarktes und der Produktivität verzögert, oft durch politische Eingriffe, oder gar nicht erfolgt.

Für die ökonomische Entwicklung bedeutet das Folgendes:

□ Eine relative Produktivitätserhöhung in Land X führt zu einem Preisvorteil bei den Produkten von X. X übernimmt Marktanteile des Auslands. X baut Exportüberschüsse auf und zerstört damit Arbeitsplätze im Ausland. Diese „Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit“ hat nichts mit der Realisierung komparativer Vorteile zu tun. Die Theorie des komparativen Vorteils geht von einer Arbeitsteilung bei ausgeglichenen Handelsbilanzen und bei Vollbeschäftigung aus. Also ungefähr vom Gegenteil des hier Skizzierten. (Wir kommen später noch einmal auf dieses Thema.) Dieser Prozess kommt auch dann noch nicht zum Erliegen, wenn die Lohnanpassungen an das Produktivitätswachstum erfolgt sind. Die bis dahin erzielten Preisvorteile bleiben bestehen und die Marktanteile hätten sich zugunsten von X verändert.

Kann dieses Szenario einer „nachhinkenden Lohnanpassung“ dauerhaft sein? Das würde bedeuten, dass das Wachstum der Produktivität dauerhaft über dem Lohnwachstum liegt. Empirisch müsste also das Produktivitätswachstum langfristig prozentual höher sein als das Lohnwachstum und sich eine „Produktivitäts-Lohn-Schere“ ergeben. Damit einher ginge ein Sinken der Lohnstückkosten. (In der Theorie käme kein relativer Gleichgewichtslohn bei Vollbeschäftigung und stabiler Arbeitsteilung zustande, sondern die relative Durchschnittsproduktivität von Land X über dem relativen Gleichgewichtslohn läge.) Einen Hinweis darauf, dass eine solche Konstellation möglich sein kann, liefern die Leistungsbilanzüberschüsse in der EWU und die Entwicklung der Lohnquote.

Trotz wackeliger Konzepte zur Messung der industriellen Produktivität liegen auch einige Studien vor, die diese Produktivitätsschere direkt nachweisen. So stieg zum Beispiel nach [DIW](#) [8]-Wochenbericht 33/2014 die Bruttowertschöpfung ([BWS](#) [9]) der Industrie in Deutschland von 2003 – 2011 nominal um +2,6% p.a., die Arbeitsentgelte (Brutto + Sozialbeiträge) um nur +1,8%.

Bereits seit Anfang der 1970er Jahre liegt in Deutschland das Wachstum der Stundenproduktivität teilweise deutlich über dem [BIP](#) [10]-Wachstum. Zwar ist diese Differenz seit der Wiedervereinigung kleiner geworden, dürfte bei einer gesonderten Betrachtung der Industrie aber immer noch signifikant vorhanden sein. All diese Daten beschreiben eine „Produktivitätsschere“.

Überdies lässt sich auch kein auf ein „Gleichgewicht“ hinstrebender Prozess ausmachen, der diese Schere beseitigen würde. Ein solches Gleichgewicht würde sich unter unseren Annahmen dann einstellen, wenn die Löhne in den Ländern mit schwacher Produktivitätsentwicklung so stark sinken, dass die niedrigeren Arbeitskosten die Produktivitätsnachteile kompensieren würden. Allerdings: Es gibt keine Obergrenze für die Produktivitätszuwächse in den produktivitätsstarken Ländern, aber sehr wohl eine Untergrenze bei der Lohnsenkung in den schwachen Ländern, nämlich spätestens das Existenzminimum.

□

In den Theoriemodellen wird die rasche Gehaltsanpassung und Herstellung eines Gleichgewichts durch eine zunehmende Nachfrage nach Arbeit (in den Überschussländern) begründet. Auch diese Annahme ist nicht zwingend. Da industrielle Produktivitätssteigerungen immer auch „arbeitsparend“ wirken, kann sich dieser Effekt weitgehend aufheben.

Der zentrale Begriff dieser Überlegungen ist die „Produktivitätsschere“. Ich behaupte, dass Länder/Regionen mit hoher industrieller Produktivität (gebunden an einen hohen industriellen Kapitalstock) und hoher Produktivitätsdynamik (schnelles Produktivitätswachstum) in einer Währungsunion bessere Möglichkeiten und größere Spielräume haben, durch eine Lohn-Produktivitätsschere dauerhaft Wettbewerbsvorteile aufzubauen. (Deutschland, Österreich und die Benelux-Länder haben das getan!) Länder mit niedrigerer Produktivität und niedriger Produktivitätsdynamik haben diese Möglichkeit eher **nicht**.

Eine Anpassung durch flexible Arbeitskosten findet also nicht ausreichend statt. Kostenvorteile und Preisvorteile bleiben erhalten und führen zu langfristigen divergenten Entwicklungen.

► Konkurrenzmuster und Arbeitsteilung in der Währungsunion

Preisvorteile gibt es nur bei gleichen Waren oder Warengruppen. Eine Firma, die Tomatenmark herstellt, kann einen Preisvorteil gegenüber einem anderen Tomatenmarkproduzenten haben, aber nicht gegenüber einem Hersteller von Aluminiumtüren. In der Preiskonkurrenz stehen zunächst einmal Unternehmen mit gleichen oder ähnlichen Produkten und in Folge davon Regionen mit einer ähnlichen Produktpalette. Zu welchen konkreten Resultaten unterschiedliche Produktivitätsentwicklungen in der EWU führen, hängt demnach von den Produktionsstrukturen und der industriellen Arbeitsteilung der europäischen Länder/Regionen ab.

Ein erster Blick auf die industrielle Struktur verblüfft: Auch Holland produziert Tomaten, auch Portugal exportiert Autos und Maschinen und in Italien gibt es neben Ferrari auch noch Textilproduktion. Eine deutliche Arbeitsteilung nach Produkten lässt sich nur schwer ablesen. Selbst Griechenland hatte übrigens bis vor kurzem noch einen Maschinenbausektor und stellt chemische und pharmazeutische Produkte her. Die Ansicht, Griechenland würde mit Deutschland in keiner ökonomischen Konkurrenz stehen und Deutschland deshalb mit der Griechenlandkrise nichts zu tun haben, ist demnach etwas wackelig.

In der EWU konkurriert jeder mit jedem. Sicherlich nicht in allen Produkten – bekanntlich stellt Griechenland weder Autos noch Flugzeuge her – aber jedes Land hat Produktgruppen, die auch in vielen anderen EWU-Ländern vorkommen.

Eine klassische Arbeitsteilung nach [David Ricardo](#) [11] (England produziert Tuch und Portugal Wein) gibt es in der EWU – bisher – nicht. Ich möchte das noch etwas illustrieren: In Ermangelung von exakten Angaben darüber, welche Produkte in jedem einzelnen EWU-Land hergestellt werden, nehme ich eine Aufstellung der EU-Kommission zu Hilfe, in der die „Revealed Comparative Advantages“ ([RCA](#) [12]) der Europäischen Länder aufgelistet werden. Bei Produkten mit einem RCA über 1 hat ein Land bei der Herstellung dieses Produktes eine messbare Spezialisierung. Dieser Aufstellung können wir entnehmen, dass Deutschland einen komparativen Vorteil bei beispielsweise Metallverarbeitung (metal products) hat. Spezialisierungen in diesem Bereich haben außerdem die Euroländer Österreich, Finnland, Italien, Luxemburg, Portugal, die Slowakei und Spanien. Auf pharmazeutische Produkten spezialisiert sind neben Deutschland Frankreich, Griechenland, Italien, Spanien und Lettland (EU Industrial Structure Report 2013/2015). Die Beispiele lassen sich fortsetzen.

Trotzdem kann es ja aber nicht sein, dass zwischen der portugiesischen (oder griechischen) und der deutschen Ökonomie keine Unterschiede und keine, wenigstens partielle, „Arbeitsteilung“ bestehen. Der wesentliche Unterschied liegt in der Ressourcenausstattung: In Deutschland wird deutlich kapital-, technologie- und wissenschaftsintensiver produziert als in Portugal. Ein Indikator dafür ist die Kapitalausstattung pro Kopf. Während in Portugal einem Beschäftigten durchschnittlich 60.000 € Kapitalstock zur Verfügung stehen, sind es in Deutschland 140.000 €.

Nicht überraschenderweise stützt das nebenbei die Annahme, dass ein hohes Produktivitätswachstum mit einem hohem Kapitalstock einhergeht.

Kapital- und technologieintensive Produkte werden also vor allem von Ländern mit hohem Kapitalstock produziert. Da aber offensichtlich auch in den Bereichen der mittleren Kapital- und Technologieintensität konkurriert wird, entwickeln sich auch in diesen Produktsegmenten Preisvorteile für die kapitalreichen Länder.

Diese Konstellation führt zu einer partiellen Entindustrialisierung der Länder mit niedrigem Kapitalstock

So hat sich die **Industrieproduktion** in Spanien zwischen 2000 und 2015 um rund 20% reduziert, in Portugal in einem ähnlichen Umfang. In Griechenland sank sie um rund ein Viertel, in Italien um rund 15%, in Frankreich um ca. 10%. In Deutschland, Österreich und in den Beneluxländern stieg die Industrieproduktion im selben Zeitraum dagegen deutlich, in Deutschland beispielsweise um 22% (vgl. dazu Südeuropa: Industrieproduktion im September 2014, Eurozone: Industrieproduktion August 2014 und Westeuropa: Industrieproduktion im September 2014).

Eine Ausnahme dazu müssen wir anführen. Die Slowakei hat im den vergangenen Jahren Industrieproduktion nicht verloren, sondern aufgebaut. Sie ist ein Beispiel für eine ausgelagerte Werkbank. Deutsche, französische und auch japanische KFZ-Hersteller haben in der Slowakei mit der Auslagerung von Teilproduktionen einen neuen internationalen Produktionsstandort der Automobilindustrie geschaffen. (Die Entwicklung von „Werkbänken“ möchte ich aus Gründen der Übersichtlichkeit der Argumentation hier vorerst nicht weiterverfolgen.)

		Euro-19		Ausnahmen
Land	Einführung	Einwohner		
[14] Belgien [14]	1. Jan. 1999	11.161.642 (2013)		
[15] Deutschland [15]	1. Jan. 1999	80.523.746 (2013)		
[17] Estland [17]	1. Jan. 2011	1.324.814 (2013)		
				Büdingen am Hochrhein [16] (faktisch)

☐ [18]	Finnland [18]	1. Jan. 1999	5.426.671 (2013)
☐ [19]	Frankreich [19]	1. Jan. 1999	65.663.194 (2013)
☐ [27]	Griechenland [27]	1. Jan. 2001	11.062.508 (2013)
☐ [28]	Irland [28]	1. Jan. 1999	4.591.087 (2013)
☐ [29]	Italien [29]	1. Jan. 1999	59.685.227 (2013)
☐ [31]	Lettland [32]	1. Jan. 2014	2.023.825 (2013)
☐ [33]	Litauen [33]	1. Jan. 2015	2.930.865 (2014)
☐ [34]	Luxemburg [35]	1. Jan. 1999	537.039 (2013)
☐ [36]	Malta [37]	1. Jan. 2008	421.364 (2013)

Ausnahmen

- ☐ [20] [Neukaledonien](#) [21] [\[13\]](#) [22]
- ☐ [23] [Französisch-Polynesien](#) [24] [\[13\]](#) [22]
- ☐ [25] [Wallis und Futuna](#) [26]

[Campione d'Italia](#) [30] (faktisch)

ehemalige [Niederländische Antillen](#) [40]:

☐ [38]	Niederlande [39]	1. Jan. 1999	16.730.632 (2012)
-------------------------------	----------------------------------	--------------	-------------------

- ☐ [41] [Aruba](#) [42]
- ☐ [43] [Curaçao](#) [44]
- ☐ [45] [Sint Maarten](#) [46]
- [BES-Inseln](#) [47]:
 - ☐ [48] [Bonaire](#) [49]
 - ☐ [50] [Sint Eustatius](#) [51]
 - ☐ [52] [Saba](#) [53]

☐ [54]	Österreich [54]	1. Jan. 1999	8.451.860 (2013)
☐ [55]	Portugal [55]	1. Jan. 1999	10.487.289 (2013)
☐ [56]	Slowakei [56]	1. Jan. 2009	5.410.836 (2013)
☐ [57]	Slowenien [58]	1. Jan. 2007	2.058.821 (2013)
☐ [59]	Spanien [59]	1. Jan. 1999	46.704.308 (2013)
☐ [60]	Zypern [61]	1. Jan. 2008	865.878 (2013)

☐ [62] [Türkische Republik Nordzypern](#) [63]

☐ [13]	Eurozone	ca. 337.000.000	
-------------------------------	-----------------	------------------------	--

Mit einer klassischen **Arbeitsteilung** nach Faktorproportionen und **komparativen Vorteilen** hat das alles nichts zu tun. Eine solche Arbeitsteilung würde eine ausgeglichene Handelsbilanz bei gegenseitiger Vollbeschäftigung beinhalten. Im guten alten „Samuelson“ steht dazu der Merksatz: Es „**kann kein Land bei Freihandelsgleichgewicht bei allen Gütern unterboten werden**“ (vgl. [Paul A. Samuelson](#) [64]: Volkswirtschaftslehre, Band II, S. 392).

Ganz im Gegenteil dazu ist es in unserem Szenario sehr wohl möglich – zumindest im Bereich der handelbaren Gütern – ein Land bei allen Gütern zu unterbieten. Die Gründe dafür haben wir skizziert: Die Anpassungsmechanismen Wechselkurs und Lohnkosten fehlen. Wir haben in der Währungsunion also kein stabiles Gleichgewicht im Sinne der Theorie, sondern ein anhaltendes Ungleichgewicht mit Handelsbilanzüberschüssen und Defiziten mit Deindustrialisierung und mit Arbeitslosigkeit in den schwächeren Ländern. (Dass die Handelsbilanzüberschüsse dabei schrumpfen müssen, ist logisch, führt aber nicht in ein Gleichgewicht.)

Zu den Wirkungen der „Produktivitätsschere“ treten außerdem positive Skalenerträge hinzu. Je mehr Marktanteile ein Land auf sich zieht, desto eher kann es positive Größeneffekte realisieren (siehe auch: Verdoorn-Zusammenhang). Nehmen im Verlauf der Marktkonkurrenz die industriellen Marktanteile des Landes X zu, würde das somit in einen stabilen Vorsprung vor anderen Ländern münden.

Durch die Produktivitätsschere gewonnene Wettbewerbsvorteile setzen sich also durch. Sie führen zur Entindustrialisierung der schwächeren oder teureren Länder.

► Kapitaltransfer, Investitionen

Dieses Bild vervollständigt sich bei einer Betrachtung der Investitionsquoten: Der Kapitalfluss von Produktivkapital in die Länder mit niedrigem Kapitalstock ist offensichtlich qualitativ und quantitativ begrenzt und unzureichend. Zwar floss seit Beginn der EWU viel Kapital in die schwächeren Länder, aber in der Regel nicht in produktive Anlagen. Die Kredite wurden eher für konsumtive Zwecke und Infrastrukturen verwendet. Warum aber fließt nicht, wie von der Mainstreamtheorie erwartet, massenweise Produktivkapital in diese Länder und Regionen?

In der herkömmlichen Theorie kann man betriebswirtschaftlich oder auf Grundlage der Wachstumstheorie argumentieren:

- Kapital fließt in kapitalärmere Regionen, weil dort die Löhne niedriger sind. Wenn also eine Investition wahlweise im Hochlohnland oder im Niedriglohnland getätigt werden kann, wäre sie im Niedriglohnland immer profitabler. Voraussetzung: Gleiche Technik, gleiche Qualifikation, vergleichbare Infrastrukturen.
- Das Gegenargument ist simpel: In der Realität bestehen durchaus Unterschiede in Qualifikation und Infrastrukturen. „Produktivitätsinseln“ funktionieren in aller Regel nicht besonders produktiv.
- Außerdem: Niedrige Arbeitskosten führen dazu, (betriebswirtschaftliche Produktionsfunktion) dass mit einem höheren Anteil an Arbeit und einem niedrigeren Anteil an Kapital oder mit technisch weniger modernem Kapital produziert wird.

Daraus ergibt sich aber wiederum, dass der Kapitalfluss in den Süden begrenzt ist und nicht zur Konvergenz führt. Neue Produkte mit neuen Technologien werden unverändert im Norden mit qualifizierter Arbeit hergestellt. Hier wird der in der Außenwirtschaftstheorie von [Jacob Viner](#) [65] formulierte Zusammenhang wichtig, dass bestimmte Produkte eine bestimmte Relation von Arbeit zu Kapital erfordern. So ist es etwa schlecht möglich, ein modernes Auto mit viel billiger Arbeit unter Zuhilfenahme von Hammer, Amboss und Blasebalg zu produzieren.

Anders formuliert, werden Investitionen in Niedriglohnländer in die Herstellung von Produkten mit einem hohen Lohnkostenanteil und einer niedrigeren technischen Komplexität fließen. Die Annahme, dass niedrige Arbeitskosten zu hohen Investitionen führen kehrt sich damit um: Gerade weil die Löhne niedrig sind, wird wenig investiert.

■ Zusätzlich ergeben die oben beschriebenen Konkurrenzmuster, dass auch Teile der Produktion auf mittlerer technischer Ebene der Konkurrenz unterliegen und die kapitalärmeren Regionen trotz niedrigerer Löhne auch hier zunehmend Konkurrenz Nachteile haben. Wenn die Absatz Erwartungen der spanischen Metallverarbeitung zurückgehen, weil die deutsche oder österreichische Konkurrenten kostengünstiger sind, kann niemand einen Investitionsboom in dieser Branche erwarten. Hier spielt die Währungsunion ihre Rolle: Bei Märkten, die einen Importschutz durch die Existenz eines eigenen Wechselkurses haben, sind die Möglichkeiten, intern Kapital zu erschließen, eindeutig besser. Der Schutz des Wechselkurses, die Möglichkeit der Abwertung, würde den Konkurrenzdruck mildern und Investitionen rentabler machen. Was die wiederum die Annahme stützt, dass sich in der Währungsunion eine ungleichgewichtige Arbeitsteilung in technisch hochwertige und technisch niederwertigere Produktionen ergibt, bei denen die Länder mit niedrigerer Produktivitätsdynamik Teile ihrer bisherigen Industrieproduktion, die dort ab den 1970er Jahren aufgebaut wurde, wieder verlieren.

Die eher **volkswirtschaftlich-wachstumstheoretische Argumentation** des Mainstreams bezieht sich auf abnehmende Grenzerträge bei zunehmendem Kapitaleinsatz und folgert daraus, dass die höheren Grenzerträge im Süden Kapital dorthin fließen lassen. Diese Argumentation hat mich verblüfft, da früher, wie ich mich dunkel erinnere, in den meisten VWL-Lehrbüchern durchaus kritisch angemerkt wurde, dass dieser Ansatz ohnehin nicht aufrecht zu erhalten ist. Wenn ich die arg zurecht konstruierte Grenznutzentheorie jemals richtig verstanden habe, funktioniert diese Erklärung selbst innerhalb des Theoriegebäudes nur dann, wenn man Kapital rein wertmengenmäßig versteht: In Land A hat der durchschnittliche Arbeiter 60.000 € Kapitalausstattung, im Land B 120.000 €. Wenn sich Kapital aber nicht nur wertmäßig, sondern auch technisch-qualitativ unterscheidet, muss es keinen abnehmenden Grenzertrag mehr geben. Wenn die 120.000 € Kapital die Einführung neuer Technologien beinhalten, dann kann das Grenzprodukt auch steigen.

Womit wir wieder bei der economy of scales wären. Oder anders formuliert: Der EU-Binnenmarkt führt zu einer Konzentration von Industriekapital in einigen Zentren des Nordens. Das hat wenig mit „schlechter Wirtschaftspolitik“ in den Südländern zu tun, sondern ist die Gesetzmäßigkeit eines gemeinsamen Marktes und einer Währungsunion mit unterschiedlichen Produktivitätsgraden und Produktivitätsentwicklungen.

► Fazit und offene Fragen

Ein erstes Fazit lautet also:

Die weitgehend deregulierten Märkte in der Eurozone ermöglichen Lohn-Produktivitätsscheren zugunsten von Ländern mit vergleichsweise hoher Produktivität und hohem industriellen Produktivitätswachstum. Auf Basis der Produktions- und Spezialisierungsstruktur in der Eurozone führen die dadurch erzielten Preisvorteile zu einer (teilweisen) Deindustrialisierung der schwächeren und teureren Länder. Dieser Verlust an industrieller Wettbewerbsfähigkeit zieht einen niedrigen Kapitaltransfer, niedrige interne Investitionsquoten und einen unzureichenden Technologietransfer nach sich. Dadurch werden die Divergenzentwicklungen in der Währungsunion strukturell verstärkt.

► Fragen

Bleibt die Frage, wo dieser Prozess haltmacht. Ich habe oben die Ansicht geäußert, dass es kein „Gleichgewicht“ gibt, in dem die Produktivitätsschere aufgehoben wird. Aber natürlich gibt es Endpunkte eines Deindustrialisierungsprozesses – er ist schlimmstenfalls dann beendet, wenn es im Land/in der Region Y keine Industrie mehr gibt.

Allerdings beinhaltet die Divergenzentwicklung der Währungsunion Handelsbilanzungleichgewichte und damit zusammenhängend Auslandsverschuldung. Regionale Deindustrialisierungsprozesse sind theoretisch auch ohne

Handelbilanzungleichgewichte vorstellbar – in der Praxis waren sie bisher allerdings damit verbunden. Kreditfinanzierte Handelsbilanzdefizite sind aber dauerhaft nicht aufrechtzuerhalten. Wo und wie genau sich eine Art "stabiles Ungleichgewicht" herausbildet, ist eine offene Frage.

Ebenfalls nicht in dieser Skizze enthalten ist das Thema „Werkbänke und Wertschöpfungsketten“. Und ebenso fehlt die Betrachtung der Eurozonen-Außenbeziehungen. In einigen Aufsätzen kritischer Ökonomen findet sich die Einschätzung, dass die Deindustrialisierung der europäischen Südländer viel mit der Billiglohnkonkurrenz aus Asien zu tun hat. Und damit, lieber Leser und kritischer Ökonom, würde ich Dir gerne den Auftrag erteilen, darüber nachzudenken und uns zu sagen, wo das alles noch hinführt.

Dr. Roland Charles Pauli, Wirtschaftswissenschaftler. isw-Mitarbeiter von 1990-1998.

□

► **Quelle:** Erstveröffentlichung am 15.02.2016 bei isw-München > [Artikel](#) [66].

► **Mehr Informationen und Fragen zur isw:**

isw – Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

Johann-von-Werth-Straße 3
80639 München

Fon 089 – 13 00 41
Fax 089 – 16 89 415

isw_muenchen@t-online.de

www.isw-muenchen.de [67] / <https://www.facebook.com/iswmuenchen> [68]

□ [69]

► **Infos über Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. :**

Im Juni 1990 haben kritische Wirtschafts- und SozialwissenschaftlerInnen zusammen mit GewerkschafterInnen in München das isw – Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. gegründet. Seitdem haben wir fast zweihundert Studien und Berichte veröffentlicht.

Das isw versteht sich als Wirtschaftsforschungs-Institut, das alternativ zum neoliberalen Mainstream Analysen, Argumente und Fakten für die wissenschaftliche und soziale Auseinandersetzung anbietet. Unsere Themen und Forschungen beziehen sich deshalb in besonderem Maß auf die "Bedürfnisse" von Gewerkschaften und von sozialen, ökologischen und Friedensbewegungen. Unser Anspruch ist, Wissenschaft in verständlicher Form darzustellen und anschaulich aufzubereiten. Deshalb sind isw-Ausarbeitungen auch besonders geeignet für Unterricht und Schulungsarbeit und als Grundlage für Referate und Diskussionen. Die Mehrheit unserer LeserInnen, AbonnentInnen und Förder-Mitglieder sind Menschen, die sich in Bewegungen und Gewerkschaften engagieren.

- Im Zentrum unserer wissenschaftlichen Analysen und Forschungsarbeit stehen Fragen und Probleme der Globalisierung, der Bewegung des transnationalen Kapitals, der Rolle und Wirkungen der Multis und transnationalen Institutionen (IWF, WTO, OECD, G7, etc).
- Einen weiteren Arbeitsschwerpunkt bilden Verteilungsfragen: Einkommens- und Vermögensverteilung, Interdependenz von privatem / gesellschaftlichem Reichtum und Armut.
- Im Rahmen der Friedensforschung befassen wir uns mit Aspekten der Rüstungsökonomie (z.B. Konzentration in der Rüstungsindustrie), der Militärstrategie und Auswirkungen von Rüstung und Krieg.
- Im ökologischen Bereich konzentrieren wir uns auf Fragen der Energiewirtschaft und -konzerne.
- Schließlich beschäftigen wir uns kontinuierlich mit Untersuchungen zur Entwicklung der Sozialsysteme, der Konjunktur- und zyklischen Entwicklung der Weltwirtschaft.

Auf Veranstaltungen und jährlich stattfindenden isw-Foren werden Erfahrungen ausgetauscht, Gegenstrategien diskutiert und Alternativen erarbeitet. Wir freuen uns über Vorschläge und Anregungen, aber auch über solidarische Kritik.

► Unterstützung

isw braucht Fördermitglieder, Spenden und AbonnentInnen

Das isw kann inzwischen auf 25 Jahre intensiver Publikations-, Vortrags- und Seminararbeit zurückblicken. Ohne die Unterstützung unserer Fördermitglieder, ohne zusätzliche Spenden und ohne AbonnentInnen hätten wir dies nicht schaffen können.

Ein alternatives Projekt wie das isw ist auf aktive Mitarbeit und auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Die materielle Grundlage unserer Arbeit schaffen unsere Leserinnen und Leser. Weder Parteien noch Verbände noch Stiftungen alimentieren uns. Unsere Publikationen finanzieren wir, neben der Selbstausbeutung der Autorinnen und Autoren und der zahlreichen Aktiven im Institut, aus den Beiträgen der rund 1.500 FörderInnen und AbonnentInnen. Jeder Euro, jedes zusätzliche Fördermitglied, jedes zusätzliche Abonnement ist von Bedeutung.

- [Spenden für isw](#) [70]
- [isw-Fördermitglied werden](#). [71]
- [isw-AbonentIn werden](#). [72]

► Bild- u. Grafikquellen:

1. **"FAILED STATES OF EUROPE"** - die sozialen Verwerfungen und Krisen einzelner EU-Länder haben sich noch weiter verschärft. Die Möglichkeit eines Auseinanderbrechens der Eurozone zeichnet sich ab. Länder wie Spanien, Portugal und auch Italien konnten entweder nicht zu den reicheren Ländern aufschließen oder sind sogar zurückgefallen. **Grafikbearbeitung:** Wilfried Kahrs / [QPress.de](#) [73].

2. **Währungsunion:** Die nationalen Währungen fallen weg und somit auch die Wechselkurse. Woraus wiederum resultiert, dass unterschiedliche Entwicklungen der Produktivität und der Preise nur durch Anpassung der Arbeitskosten ausgeglichen werden können. Was wiederum voraussetzt, dass es ausreißend flexible Löhne und Gehälter gibt, um eine rechtzeitige Anpassung zu ermöglichen. **Foto:** Dennis Skley. **Quelle:** [Flickr](#) [74]. **Verbreitung** mit CC-Lizenz Namensnennung-Keine Bearbeitung 2.0 Generic ([CC BY-ND 2.0](#) [75]).

3. **Karte der Wirtschafts- und Währungsunion EUROZONE**, (Stand 1. Januar 2015, also inklusive Litauen.) Als **Eurozone** (amtlich auch **Euro-Währungsgebiet** oder **Euroraum**) wird die Gruppe der [EU-Staaten](#) [76] bezeichnet, die den Euro als offizielle Währung besitzen. Die Eurozone besteht aus 19 EU-Staaten und wird deswegen als **Euro-19** bezeichnet. Zuletzt übernahm [Litauen](#) [33] am 1. Januar 2015 als 19. EU-Land den Euro als offizielle Währung.

Die derzeit 19 EU-Staaten der Eurozone sind Belgien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Österreich, Portugal, die Slowakei, Slowenien, Spanien und Zypern. Von den übrigen neun EU-Staaten sind sieben verpflichtet, den Euro einzuführen, sobald sie die vereinbarten [Konvergenzkriterien](#) [77] erreichen. Dänemark und das Vereinigte Königreich können den Euro einführen, müssen es jedoch nicht, das heißt, sie haben de jure eine Ausstiegsoption.

Für die Geldpolitik der Eurozone ist die [Europäische Zentralbank](#) [78] zuständig und verantwortlich. Zusammen mit den nationalen [Zentralbanken](#) [79] der Staaten der Eurozone bildet sie das [Eurosysteem](#) [80]. Im Rahmen der [Euro-Gruppe](#) [81] stimmen die Staaten der Eurozone ihre Steuer- und Wirtschaftspolitik untereinander ab, allerdings ohne formale Entscheidungsbefugnis.

Autor: San Jose. **Quelle:** [Wikimedia Commons](#) [5]. Diese Datei ist unter der [Creative-Commons](#) [82]-Lizenz „[Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 nicht portiert](#)“ [83] lizenziert.

4. **Frachtcontainer - Doors on Life.** The port of Hamburg is the central hub for trade with Eastern and Northern Europe. As a [container port](#) [84], Hamburg takes second place in Europe and seventh place in the world. It is 100 km from the sea, but can nevertheless take the largest container ships. **Foto:** Glyn Lowe Photoworks. ⇒ [www.GlynLowe.com](#) [85] - **Quelle:** [Flickr](#) [86]. **Verbreitung** mit CC-Lizenz Namensnennung 2.0 Generic ([CC BY 2.0](#) [87]).

5. **"Es ist KEIN Gesetz des Kapitalismus, den Arbeitern so wenig wie möglich zu zahlen. Es ist lediglich die verharmlosende Ausrede für die grenzenlose Profitgier von Wenigen"** **Grafikbearbeitung:** Wilfried Kahrs (WiKa) - [QPress.de](#) .

6. Tabelle: **EURO-19**. Stand: 1. Januar 2015. Quelle: Wikipedia > [EUROZONE](#) [88].

7. **"EU: Schlechtester Film aller Zeiten"**. Grafikbearbeitung: Wilfried Kahrs / QPress.de.

8. **EUROPÄISCHE UNION (EU): "Garantiert freie Auswahl bei normierter EU-Qualität"**. Grafikbearbeitung: Wilfried Kahrs / QPress.de.

Quell-URL: <https://kritisches-netzwerk.de/forum/divergenz-der-eurozone-wie-wirkt-eine-waehrungsunion>

Links

- [1] <https://kritisches-netzwerk.de/user/login?destination=comment/reply/5212%23comment-form>
- [2] <https://kritisches-netzwerk.de/forum/divergenz-der-eurozone-wie-wirkt-eine-waehrungsunion>
- [3] https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Wirtschafts-_und_W%C3%A4hrungsunion
- [4] https://de.wikipedia.org/wiki/Scala_mobile
- [5] http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/1/19/European_union_emu_map_de.png
- [6] https://de.wikipedia.org/wiki/Forschung_und_Entwicklung
- [7] <https://de.wikipedia.org/wiki/Bruttonationaleinkommen>
- [8] https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsches_Institut_f%C3%BCr_Wirtschaftsforschung
- [9] <https://de.wikipedia.org/wiki/Bruttowertsch%C3%B6pfung>
- [10] <https://de.wikipedia.org/wiki/Bruttoinlandsprodukt>
- [11] https://de.wikipedia.org/wiki/David_Ricardo
- [12] https://de.wikipedia.org/wiki/Revealed_Comparative_Advantage
- [13] <http://de.wikipedia.org/wiki/Europa>
- [14] <http://de.wikipedia.org/wiki/Belgien>
- [15] <http://de.wikipedia.org/wiki/Deutschland>
- [16] http://de.wikipedia.org/wiki/B%C3%BCsingen_am_Hochrhein
- [17] <http://de.wikipedia.org/wiki/Estland>
- [18] <http://de.wikipedia.org/wiki/Finnland>
- [19] <http://de.wikipedia.org/wiki/Frankreich>
- [20] http://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Flag_of_France.svg
- [21] <http://de.wikipedia.org/wiki/Neukaledonien>
- [22] http://de.wikipedia.org/wiki/Eurozone#cite_note-CFP_note-13
- [23] http://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Flag_of_French_Polynesia.svg
- [24] <http://de.wikipedia.org/wiki/Franz%C3%B6sisch-Polynesien>
- [25] http://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Flag_of_Wallis_and_Futuna.svg
- [26] http://de.wikipedia.org/wiki/Wallis_und_Futuna
- [27] <http://de.wikipedia.org/wiki/Griechenland>
- [28] <http://de.wikipedia.org/wiki/Irland>
- [29] <http://de.wikipedia.org/wiki/Italien>
- [30] http://de.wikipedia.org/wiki/Campione_d%E2%80%99Italia
- [31] http://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Flag_of_Latvia.svg
- [32] <http://de.wikipedia.org/wiki/Lettland>
- [33] <http://de.wikipedia.org/wiki/Litauen>
- [34] http://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Flag_of_Luxembourg.svg
- [35] <http://de.wikipedia.org/wiki/Luxemburg>
- [36] http://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Flag_of_Malta.svg
- [37] <http://de.wikipedia.org/wiki/Malta>
- [38] <http://de.wikipedia.org/wiki/Niederlande>
- [39] http://de.wikipedia.org/wiki/K%C3%B6nigreich_der_Niederlande
- [40] http://de.wikipedia.org/wiki/Niederl%C3%A4ndische_Antillen
- [41] http://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Flag_of_Aruba.svg
- [42] <http://de.wikipedia.org/wiki/Aruba>
- [43] http://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Flag_of_Cura%C3%A7ao.svg
- [44] <http://de.wikipedia.org/wiki/Cura%C3%A7ao>
- [45] http://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Flag_of_Sint_Maarten.svg
- [46] http://de.wikipedia.org/wiki/Sint_Maarten
- [47] <http://de.wikipedia.org/wiki/BES-Inseln>
- [48] http://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Flag_of_Bonaire.svg
- [49] <http://de.wikipedia.org/wiki/Bonaire>
- [50] http://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Flag_of_Sint_Eustatius.svg
- [51] http://de.wikipedia.org/wiki/Sint_Eustatius
- [52] http://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Flag_of_Saba.svg
- [53] http://de.wikipedia.org/wiki/Saba_%28Insel%29
- [54] <http://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96sterreich>
- [55] <http://de.wikipedia.org/wiki/Portugal>
- [56] <http://de.wikipedia.org/wiki/Slowakei>

[57] http://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Flag_of_Slovenia.svg
[58] <http://de.wikipedia.org/wiki/Slowenien>
[59] <http://de.wikipedia.org/wiki/Spanien>
[60] http://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Flag_of_Cyprus.svg
[61] http://de.wikipedia.org/wiki/Republik_Zypern
[62] http://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Flag_of_the_Turkish_Republic_of_Northern_Cyprus.svg
[63] http://de.wikipedia.org/wiki/T%C3%BCrkische_Republik_Nordzypern
[64] https://de.wikipedia.org/wiki/Paul_A._Samuelson
[65] https://en.wikipedia.org/wiki/Jacob_Viner
[66] <https://isw-muenchen.de/2016/02/divergenz-in-der-eurozone-wie-wirkt-eine-waehrungsunion/>
[67] <http://www.isw-muenchen.de>
[68] <https://www.facebook.com/iswmuenchen>
[69] <http://www.isw-muenchen.de/>
[70] <http://isw-muenchen.de/spenden-fuer-isw/>
[71] <http://isw-muenchen.de/foerdermitglied/>
[72] <http://isw-muenchen.de/abos/>
[73] <http://www.qpress.de>
[74] <https://www.flickr.com/photos/dskley/15881610037/>
[75] <https://creativecommons.org/licenses/by-nd/2.0/deed.de>
[76] http://de.wikipedia.org/wiki/Mitgliedstaaten_der_Europ%C3%A4ischen_Union
[77] <http://de.wikipedia.org/wiki/EU-Konvergenzkriterien>
[78] http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Zentralbank
[79] <http://de.wikipedia.org/wiki/Zentralbank>
[80] <http://de.wikipedia.org/wiki/Eurosystem>
[81] <http://de.wikipedia.org/wiki/Euro-Gruppe>
[82] http://en.wikipedia.org/wiki/de:Creative_Commons
[83] <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.de>
[84] https://de.wikipedia.org/wiki/Hamburger_Hafen
[85] <http://www.GlynLowe.com>
[86] <https://www.flickr.com/photos/glynlowe/10039742285/>
[87] <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.de>
[88] <https://de.wikipedia.org/wiki/Eurozone>